

magazin

für beamtinnen und beamte

DGB

Der öffentliche Dienst in Europa

Marlis Tepe im Interview

Die GEW-Vorsitzende
zur sogenannten
demografischen Rendite

Service

Grundsatz der
Bestenauslese

Zahlen, Daten, Fakten

Investitionsstau
in Deutschland

Ausgabe 10 31.10.2013
www.beamtinnen-magazin.de



¹⁾ Voraussetzung: Bezügekonto; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied
²⁾ Nur bei Sollzinsbindung von 10 Jahren
³⁾ Zwischen 1 % und 5 % p. a. bezogen auf das Ursprungsdarlehen
(bei tilgungsfreier Anlaufzeit nur zwischen 2 % und 5 % p. a.)



**Informieren Sie sich
jetzt über unsere
aktuellen Konditionen!**

Baufinanzierung für den öffentlichen Dienst zu Top-Konditionen¹⁾

Seit ihrer Gründung als Selbsthilfeeinrichtung für den öffentlichen Dienst im Jahre 1921 betreut die BBBank erfolgreich Beamte und Arbeitnehmer im öffentlichen Sektor. Dank dieser langjährigen Erfahrung und Historie als Beamtenbank in Verbindung mit einem besonderen Produkt- und Dienstleistungsangebot sind wir bis heute bevorzugter Partner der Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

Ihre Vorteile:

- ▶ Bis zu 100 %ige Finanzierung des Kaufpreises
- ▶ Sie haben die Wahl zwischen einer Sollzinsbindung von 5, 8 oder 10 Jahren
- ▶ 3 Jahre tilgungsfreie Anlaufzeit möglich²⁾
- ▶ Änderung des Tilgungssatzes bis zu dreimal möglich²⁾³⁾
- ▶ Keine Bearbeitungsgebühr
- ▶ 5 % Sondertilgungsrecht p. a.
- ▶ Persönliche Beratung durch Ihren BBBank-Berater für den öffentlichen Dienst

Jetzt informieren:

www.bezuegekonto.de oder
Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei)



BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

INHALT

Titel

Der öffentliche Dienst in Europa 4

GastbeitragEuropa braucht einen Marshallplan,
von Dr. Mehrdad Payandeh, DGB 6**Aus dem Bund** 7**Interview**Marlis Tepe, Vorsitzende der GEW,
zur sogenannten demografischen Rendite
im Bildungsbereich 9**Aus den Ländern** 10**Aus den Gewerkschaften**

GdP-Aktion „Klaut nicht unsere Zeit!“ 15

Service

Grundsatz der Bestenauslese 17

Vermischtes 18

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand,
Abteilung Beamte und Öffentlicher Dienst,
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin
Verantwortlich für den Inhalt: Elke Hannack
Redaktion: Bianca Affeldt, Barbara Haas, Lisa Kranz,
Andrea Schmid, Henriette Schwarz
Titelfoto: fotolia.de/mhp
Editorial-Foto: DGB/Simone M. Neumann
Gestaltung: SCHIRMWERK, Essen
Druck: Peter Pomp GmbH, Bottrop
Verlag, Vertrieb und Anzeigenmarketing: INFO-SERVICE
Öffentlicher Dienst/Beamte, Uwe Tillmann, 1. Industriestr.
1–3, 68804 Altlußheim, Telefon: 0211 72134571, Telefax:
0211 72134573, infoservice@beamten-informationen.de,
www.beamten-magazin.de
Erscheinungsweise: monatlich im 20. Jahrgang
Jahresbezugspreis: 19,50 Euro inkl. Zustellgebühr

**Lisa Kranz**

Politische Referentin,
Abteilung Beamte und
Öffentlicher Dienst beim
DGB-Bundesvorstand

Liebe Leserinnen und Leser,

in der vergangenen Ausgabe des Magazins für Beamtinnen und Beamte haben wir im Vorfeld der Bundestagswahl über die politischen Anforderungen des DGB an die Parteien berichtet. Wenn die Oktober-Ausgabe des Magazins erscheint, wird es noch keine neue Bundesregierung geben. Noch sind die Koalitionsverhandlungen in vollem Gange. Entsprechend hat der DGB seine Forderungen an die zukünftige Bundesregierung adressiert (Seite 7).

In einigen anderen europäischen Ländern stehen nach wie vor die Versuche, die Schuldenkrise in den Griff zu bekommen, ganz im Mittelpunkt der Politik der amtierenden Regierungen. Statt eines Investitionskonzepts, wie es der DGB mit seinem „Marshallplan für Europa“ vorschlägt (Seite 6), gelten Spar- und Kürzungsprogramme dabei als das alleinige Heilmittel. Auch für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind die Folgen der Finanzkrise massiv. Aber wir unterscheidet sich der öffentliche Dienst eigentlich in den Ländern Europas? Dieser Frage gehen wir diesmal im Titel nach (Seite 4 und 5).

Weitere spannende Themen finden sich im Interview und in der Rubrik Zahlen, Daten, Fakten. Marlis Tepe, die Vorsitzende der GEW, hat uns Fragen zur sogenannten demografischen Rendite im Bildungsbereich beantwortet (Seite 9). „Investitionsstau“ lautet ein weiteres Schlagwort. Dieses greifen wir bei der Darstellung der Forschungsergebnisse des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung zum Rückgang der öffentlichen Investitionstätigkeit in Deutschland in den vergangenen 20 Jahren auf (Seite 18).

Mit freundlichen Grüßen

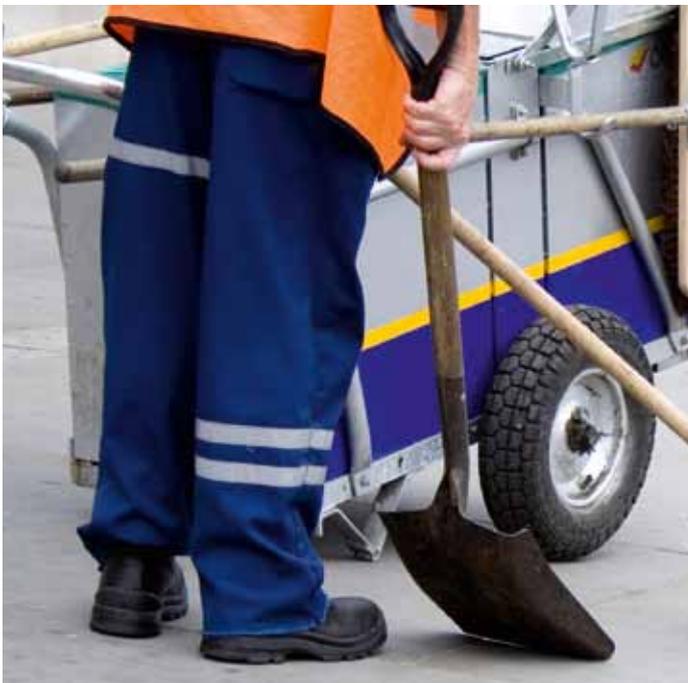


Foto: istockphoto.de/mwicks

Foto: Eduard Fiegel



Foto: fotolia.de/Michael Schütze

Der öffentliche Dienst in Europa

Die Finanzkrise hatte und hat auch weiterhin in vielen Ländern Europas massive Einschnitte zur Folge. Die Konsequenzen der Sparpolitik bekommt insbesondere der öffentliche Dienst zu spüren. Hier setzen die betroffenen Staaten meist als erstes den Rotstift an: Entlassungen, Gehaltskürzungen und Nullrunden sind einige Mittel um die angeschlagenen Staatskassen zu stabilisieren.



Foto: fotolia.de/thierry planche



Foto: istockphoto.de/Akabei

Schlanker Staat als Ideal

Die Kürzungen im öffentlichen Dienst sind unter anderem darauf zurück zu führen, dass ein „schlanker“ Staatsapparat im Sinne eines effizienten öffentlichen Sektors von der Europäischen Union und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) als Dreh- und Angelpunkt angesehen wird um der massiven Staatsverschuldung entgegenzuwirken. Denn zum einen wird der öffentliche Dienst im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung in vielen – vor allem südeuropäischen – Ländern als „aufgebläht“ betrachtet, zum anderen gilt ein schlanker Staat als wachstumsfördernd. Der Anteil von Staatsbediensteten an der Gesamtheit aller Beschäftigten sagt für sich genommen allerdings wenig aus über die Rolle der staatlichen Verwaltung in einem Land sowie über die wirtschaftliche Entwicklung. Dies zeigen die unterschiedlichen Verhältnisse in den europäischen Ländern.

Personalstärke des öffentlichen Dienstes

Die Zahl der im öffentlichen Dienst Beschäftigten ist europaweit stark unterschiedlich. Die höchsten Beschäftigungsquoten, gemessen an der Gesamtbeschäftigung im Land, finden sich in den skandinavischen Ländern und Frankreich. Spitzenreiter ist hier Norwegen mit fast 30 Prozent, in Frankreich sind 23 Prozent aller Beschäftigten beim Staat tätig. Deutschland weist mit weniger als 10 Prozent eine vergleichsweise geringe Quote von staatlich Beschäftigten auf. Die Zahlen für Griechenland bescheinigen zunächst nur eine niedrige Beschäftigtenzahl im öffentlichen Dienst. Dies hat jedoch statistische Gründe. Faktisch arbeitet nahezu ein Viertel aller Beschäftigten Griechenlands im öffentlichen Sektor.

Verhältnis von Angestellten und Beamten

Fast alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben ein duales System, das in Angestellte und Beamte unterscheidet. Die Beamtenanteile variieren immens. In Deutschland sind mit 1,7 Millionen ca. 37 Prozent aller im öffentlichen Dienst Beschäftigten verbeamtet, während im Nachbarland Polen nur 104.000 (5,5 Prozent) als Beamte tätig sind. In anderen EU-Staaten ist die Verteilung noch unterschiedlicher. Beispielsweise sind in Griechenland 80 Prozent der Beschäftigten verbeamtet, während es in Ungarn nur 25 Prozent, in Großbritannien 10 Prozent und in Schweden sogar nur 1 Prozent der Beschäftigten sind. Auffällig ist insgesamt, dass der Anteil der Beamten generell immer geringer wird und sich ihre Aufgaben auf hoheitliche Kernbereiche beschränken.

Unterschiedliche Arbeitsbedingungen

Europaweit existieren bezüglich der Arbeitsbedingungen erhebliche Unterschiede. Beispielsweise gibt es Staaten mit einem Streikverbot für Beamte (z. B. Deutschland) und Staaten

mit einem allgemeinen Streikrecht (z. B. Belgien). Einige Staaten haben ein leistungsorientiertes Gehaltssystem (z. B. Großbritannien, Finnland, Dänemark) während in anderen Staaten keine leistungsabhängige Bezahlung vorzufinden ist (z. B. Niederlande). Sogar bei der Arbeitsplatzsicherheit bestehen immense Unterschiede. Während Beamtinnen und Beamte in Deutschland durch das Lebenszeitprinzip gut geschützt sind, können beispielsweise Beamte in der Slowakei jederzeit gekündigt werden.

Anpassung an den privaten Sektor

Trotz der dualen Beschäftigungssysteme besteht ein allgemeiner Trend zu einer Anpassung des öffentlichen Dienstes an den privaten Sektor. Dies lässt sich vor allem an den Bemühungen für Laufbahnreformen ablesen. Laufbahnen werden dabei nicht nur reduziert, sondern in einigen Ländern sogar beseitigt. In Schweden existiert noch ein spezifisches Laufbahnsystem für Richter und Militär, für die übrigen Beamtengruppen wurden die Laufbahnen jedoch abgeschafft. Ähnliche Entwicklungen finden sich in den anderen skandinavischen Ländern und einzelnen mitteleuropäischen Staaten.

Auswirkungen der Finanzkrise auf den öffentlichen Dienst

Nicht nur die allgemeinen Modernisierungstrends haben zu Veränderungen im öffentlichen Dienst geführt. Auch die Finanzkrise forderte eine Reaktion auf die neu entstandenen Herausforderungen. Die generellen Konsolidierungsmaßnahmen der Krisenländer wie Spanien, Portugal, Griechenland und Irland beinhalteten stets allgemeine Steuererhöhungen, Kürzungen der Gehälter im öffentlichen Dienst sowie Rentenkürzungen. Auch massive Entlassungen erfolgten in diesen Ländern. Die stärksten Veränderungen finden aber in Griechenland statt, wo darüber hinaus grundlegende Umstrukturierungen der gesamten Verwaltung durchgeführt werden.

Ausweg aus der Krise

Sind diese massiven Einsparungen zu Lasten der Beschäftigten aber tatsächlich der richtige Weg? Der DGB ist hier anderer Meinung und hat einen Marshallplan als Alternative für den Ausweg aus der Krise entwickelt. Die Einzelheiten stellt Ihnen Dr. Mehrdad Payandeh, Leiter der Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik beim DGB, in seinem Gastbeitrag auf der nachfolgenden Seite vor.

Die Daten stammen von folgenden Veröffentlichungen der OECD (2011 und 2013): Government at a Glance 2011, Greece: Review of the Central Administration sowie von Christoph Demmke (2011): Die Reform der öffentlichen Dienste im internationalen Vergleich, in: Koch/Conrad/Lorig (Hrsg.): New Public Service, Gabler Verlag, Wiesbaden.



Dr. Mehrdad Payandeh Abteilungsleiter Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik beim DGB

Europa braucht einen Marshallplan

Europa leidet unter den Folgen einer zerstörerischen Krise: In einigen Ländern ist jeder Vierte arbeitslos, Armut breitet sich aus. Die Kürzungspolitik führt immer tiefer in die Depression. Sie zerstört Wirtschaftsstrukturen. Auch bei uns schwindet die Zukunftsfähigkeit: In Deutschland roten Straßen, Brücken und Abwasserkanäle vor sich hin. Es gibt weder genug Kindertagesstätten, noch genug altersgerechten Wohnraum. Europa versagt im Kampf gegen den Klimawandel. Der Investitionsbedarf in ganz Europa ist immens.

Deshalb schlägt der DGB einen auf zehn Jahre angelegten neuen „Marshallplan für Europa“ vor. Eine Investitionsoffensive von jährlich

260 Milliarden Euro soll die Ökonomie und die Wettbewerbsfähigkeit von morgen schaffen. Investitionen von jährlich 150 Milliarden Euro in erneuerbare Energien, Netze und energetische Gebäudesanierung senken den EU-Energiebedarf und die Brennstoffimporte langfristig um jährlich 300 Milliarden Euro. 60 Milliarden Euro schaffen eine nachhaltige Verkehrsinfrastruktur und gut ausgestattete Krankenhäuser und Schulen. Zulagen und zinsgünstige Kredite in Höhe von 30 Milliarden Euro könnten private Investitionen in Modernisierung industrieller Strukturen fördern und sie zukunftsfest machen.

Die EU kann das aus eigener Kraft stemmen – ohne die Schuldengrenzen und den Fiskalpakt zu verletzen. In Westeuropa gibt es rund 27 Billionen Euro an privatem Geldvermögen. Krisenbedingt fehlt es an sicheren Anlageformen – etwa für Versicherungen und Pensionsfonds. Der DGB will mit der Ausgabe einer Anleihe – New Deal Anleihe – einerseits langfristig orientierten Anlegern sichere Anlagen anbieten und mit dem aufgenommenen Kapital die Zukunftsinvestitionen und gleichzeitig die private Altersvorsorge von Beschäftigten finanzieren. Andererseits sollen die Kosten für Zinsen und Tilgungen aus der Besteuerung der vor allem spekulativen Finanztransaktionen finanziert werden.

Der Marshallplan würde die EU-Wirtschaftsleistung um rund 400 Milliarden Euro pro Jahr erhöhen. Eine gute Grundlage für 9 bis 11 Millionen zusätzliche Vollzeitjobs und zusätzliche Einnahmen an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen. Mit Prosperität und Wohlstand für alle wächst dann wieder das Vertrauen der Europäer – in die Zukunft ihrer Länder und Europas.



DGB

Das RentenPlus

Unsere Riester-Rente mit dem zusätzlichen Plus für Gewerkschaftsmitglieder

Riester-Rente + DGB-Vorteil = Das RentenPlus

www.das-rentenplus.de



Bund

Köpenicker Appell

[www.gew.de/
Koepenicker_
Appell.html](http://www.gew.de/Koepenicker_Appell.html)

GEW fordert in „Köpenicker Appell“ sichere Beschäftigung an Hochschulen

Die GEW schlägt ein „Förderprogramm für verlässliche Karrierewege in der Wissenschaft“ vor. „Wer gute, ja exzellente Forschung und Lehre fordert, muss gute Beschäftigungsbedingungen für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bieten“, betonte der stellvertretende Vorsitzende und Hochschulexperte der GEW, Andreas Keller, anlässlich der Vorstellung des „Köpenicker Appells“ bei der 7. Wissenschaftskonferenz der GEW in Berlin.

Mit dem Förderprogramm sollen zusätzliche Stellen für promovierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Postdocs) gefördert werden, wenn sich Hochschulen und Forschungseinrichtungen dazu verpflichten, diese auf Dauer zu finanzieren und mit einem „Tenure Track“ auszustatten. Ein Tenure Track eröffnet Postdocs die Aussicht auf eine dauerhafte Beschäftigung. In Deutschland seien die Karrie-

rewege für Forscher besonders lang und steinig. „Der Bund sollte daher mit einem Förderprogramm gezielt Impulse für verlässliche Karrierewege setzen“, sagte Keller. Der Aufruf mit Vorschlägen für ein 100-Tage-Programm der neuen Bundesregierung, enthält auch die Forderung nach Änderung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes.

Bund

DGB-Forderungen an zukünftige Bundesregierung

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften erwarten von der neuen Bundesregierung eine Politik für gute Arbeit, sichere Renten und einen aktiven Staat. In einer entsprechenden Resolution fordert der DGB-Bundesausschuss unter anderem, öffentliche Dienstleistungen solide zu finanzieren. Der DGB tritt auch für mehr Mitbestimmung im öffentlichen Dienst und in Unternehmen ein. Insbesondere

bei der Personalplanung brauchen Personal- und Betriebsräte mehr Rechte. Angesichts eines tief gespaltenen Arbeitsmarktes ist das Ziel der Gewerkschaften in der kommenden Regierungszeit eine neue Ordnung der Arbeit. Dazu gehört die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns von 8,50 Euro pro Stunde. Der Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit soll gesetzlich verhindert werden. Für Menschen, die am Ende des Berufslebens stehen, soll es sichere und flexible Übergänge in die Rente geben. Mit seinem Rentenmodell und einer Demografie-Reserve will der DGB mindestens das heutige Durchschnittsniveau der gesetzlichen Rente absichern. Die Gewerkschaften fordern die Regierung auf, die Sozialversicherungen zu stärken, um den Menschen auch in Zukunft Schutz vor Altersarmut, Krankheit und Arbeitslosigkeit zu garantieren. Darüber hinaus muss die Bundesregierung ein Zeichen für Europa setzen. Die Gewerkschaften streben ein soziales, wirtschaftlich starkes und demokratisches Europa an. Die Sparpolitik muss ein Ende ha-



Dauerbaustelle Föderalismusreform

Die negativen Auswirkungen der Föderalismusreform auf Bildung und Dienstrecht wurden vom DGB oft kritisiert. Nun scheint wieder Bewegung in die Föderalismus-Debatte zu kommen. Kurz vor der Bundestagswahl stellte Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) einen grundlegenden Umbau der deutschen Ländergliederung für die Zeit nach der Wahl in Aussicht. „Wir brauchen dringend eine weitere Föderalismusreform“, sagte Kauder. Als wichtigste Vorhaben nannte er die Abschaffung des „unsinnigen Kooperationsverbots in der Bildung“ und die Neuregelung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern. Ein Grund für die schwierige finanzielle Lage der Länder seien die Pensionslasten.

In der Tat sind die Bundesländer mit der Finanzierung von Bildungsaufgaben oft überfordert. Die Aufhebung des Kooperationsverbots würde die Förderung von Kitas, Schulen und Hochschulen durch den Bund ermöglichen. Die unterschiedliche Finanzausstattung der Länder führt außerdem zu einer zunehmenden Auseinanderentwicklung in der Besoldung und einem Besoldungswettlauf, in dem finanzschwächere Länder abgehängt werden. Zugleich erschweren Unterschiede im Dienstrecht die Mobilität zwischen den Ländern. Eine weitere Reform muss diesem „Konkurrenz-Föderalismus“ (DGB-Vorsitzender Michael Sommer) gegensteuern. Gewährleistung der Versorgung, Homogenisierung der Beamtenbesoldung und Grundfinanzierung des Bildungswesens in der Fläche sind daher Forderungen, die der DGB an eine Reform der Reform stellt.

Foto: fotolia.de/Gina Sanders

ben. Es bedarf einer Politik, mit der die Wirtschaft angekurbelt und ihre sozial-ökologische Modernisierung vorangetrieben werden kann.

Bahn

Erstattungszeiten bei Krankenversicherung der Bundesbahnbeamten werden kürzer

Die EVG hatte immer wieder die langen Erstattungszeiten für Gesundheitskosten bei der Krankenversicherung der Bundesbahnbeamten (KVB) kritisiert und auf die dadurch entstehenden Belastungen für die KVB-Mitglieder hingewiesen. Jetzt ist Besserung in Sicht. Die Bearbeitungszeiten liegen mittlerweile bei zwölf bis 25 Tagen. Die Rückstände bei noch nicht bearbeiteten Anträgen hätten sich seit Jahresbeginn von 155.000 auf 81.000 verringert. EVG-Vorstand Martin Burkert bedankte sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbei-

tern der KVB für ihre gute Arbeit. Zugleich betonte Burkert bei der Vertreterversammlung der KVB, die Neuausrichtung der Personalplanung bei der Deutschen Bahn werde den Bereich der KVB nicht ausnehmen. Auch die beim Bundeseisenbahnvermögen (BEV) angesiedelte Sozialeinrichtung sei „von verfehlter Personalplanung betroffen – das gilt für Beamte und Arbeitnehmer gleichermaßen“.

Burkert unterstrich, dass die EVG und ihre Personalräte deutliche Änderungen in der Personalplanung durch das BEV erwarten. Die „Fuldaer Erklärung“ stecke den Rahmen dafür ab. Der Bundesvorstand der EVG hatte in dem Papier Prämissen formuliert, um die Bahnbeschäftigten zu entlasten. EVG, Bahnvorstand und Konzernbetriebsrat hatten sich im September nach offenkundig gewordenen Engpässen im Stellwerk Mainz darauf verständigt, gemeinsam Lösungen für die Personalprobleme im Konzern zu suchen. Für die KVB bestehe Änderungsbedarf in vielen Bereichen, sagte Burkert. Die Politik müsse dem BEV mehr Flexibilität für die Personalplanung zugestehen. Die Bezirksleitungen der KVB sollen fortwährend mit der neuesten Technik ausgestattet und darin weitergeschult werden. Outsourcing von Aufgaben und Tätigkeiten sind für Burkert „absolut tabu“. Die EVG will Zusatzschichten in Form von Samstagarbeit auf das Notwendigste beschränken und fordert mehr Beförderungen als „Motivationspritze“ für die Beschäftigten. Burkert stellte klar, die KVB sei kein Abbaubereich. „Die KVB ist ein wichtiger und elementarer Bestandteil des BEV – und das wollen wir noch lange als selbständige Behörde erhalten.“

OUTSOURCING VON AUFGABEN UND TÄTIGKEITEN SIND FÜR BURKERT „ABSOLUT TABU“.

outsourcing von Aufgaben und Tätigkeiten sind für Burkert „absolut tabu“. Die EVG will Zusatzschichten in Form von Samstagarbeit auf das Notwendigste beschränken und fordert mehr Beförderungen als „Motivationspritze“ für die Beschäftigten.

Burkert stellte klar, die KVB sei kein Abbaubereich. „Die KVB ist ein wichtiger und elementarer Bestandteil des BEV – und das wollen wir noch lange als selbständige Behörde erhalten.“

Lebensversicherungsverein a. G.

Traditioneller Partner des öffentlichen Dienstes

Kennen Sie Ihre Versorgungsansprüche ?

– bei Dienstunfähigkeit durch Krankheit oder Dienstunfall und im Ruhestand

Die oftmals komplizierten Regelungen der Beamtenversorgung sind nicht immer leicht zu verstehen. Wir berechnen daher für Sie Ihre individuellen Versorgungsansprüche und bieten für Ihren persönlichen Bedarf die passenden Lösungen.

Sprechen Sie uns an, wir informieren Sie gerne.

Debeka-Hauptverwaltung
Ferdinand-Sauerbruch-Str. 18
56058 Koblenz
Telefon (02 61) 4 98 - 0
www.debeka.de

anders als andere



Foto: Kay Herschelmann

Bildungssystem strukturell unterfinanziert

Seit Juni 2013 ist Marlis Tepe Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Das Magazin für Beamtinnen und Beamte befragte sie unter anderem zum Lehrkräftebedarf in Deutschland.

magazin // In der Diskussion über die demografische Entwicklung in Deutschland taucht der Begriff „demografische Rendite“ auf. Was verbirgt sich hinter diesen Worten und welche Position vertritt die GEW dazu?

Marlis Tepe // Die Zahl der Schülerinnen und Schüler geht zurück und damit theoretisch auch die Zahl der Lehrkräfte. Die entsprechende Einsparung von Stellen ist die sogenannte demografische Rendite. Sie muss im Bildungssystem bleiben, weil es bisher strukturell unterfinanziert ist. Vorgaben wie Stundentafeln, Fördermaßnahmen oder Klassengröße können schon heute nicht erfüllt werden. Wir brauchen zusätzliche Verbesserungen: 15 bis 20 Prozent der Schülerinnen und Schüler können lediglich Überschriften in Zeitungen lesen und sind von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen. Wir brauchen mehr individuelle Förderung und multiprofessionelle Teams. Ganztagschulen müssen ausgebaut werden, damit die Menschen Familie und Beruf besser vereinbaren können, aber auch damit beispielsweise Kinder nichtdeutscher Muttersprache mehr gefördert werden. Der Umbau zu einem inklusiven System kann nur gelingen, wenn mehr Lehrkräfte und weitere Professionsgruppen eingestellt und die Pädagoginnen und Pädagogen begleitende Fortbildungen erhalten. Schließlich fehlt eine Vertretungsreserve von mindestens fünf Prozent. Krankheiten von Lehrkräften führen zu Belastungen anderer, Unterrichtsausfall oder weniger integrativer Förderung.

magazin // Die Planung des Lehrkräftebedarfs ist wesentlich für die Unterrichtsversorgung. Wie bewertet die GEW die jüngste Prognose der Kultusministerkonferenz dazu?

Marlis Tepe // Eine große Gruppe von Lehrkräften geht in den nächsten Jahren in den Ruhestand. Der Ersatzbedarf ist enorm. Die Zahlen der KMK folgen der Sparlogik. Wir brauchen jedoch eine Berechnung, der

bildungspolitische Entscheidungen, etwa für ein inklusives Bildungswesen, zu Grunde liegen. Die GEW plant deshalb eine eigene Bedarfsanalyse.

magazin // Ihre Gewerkschaft fordert ein inklusives Schulsystem. Wie muss man sich das vorstellen und wie könnte es in unserem föderal geprägten Bildungssystem umgesetzt werden?

Marlis Tepe // Ein inklusives Schulsystem bedeutet in erster Linie längeres gemeinsames Lernen aller Schülerinnen und Schüler. Bislang haben wir das nur in den Grundschulen. Die meisten Länder wollen aber eine Zweigliedrigkeit in der Sekundarstufe. Für Menschen mit Behinderungen muss der Besuch allgemeinbildender Schulen möglich sein, damit sie nicht ausgeschlossen sind.

magazin // Als Hauptschullehrerin haben Sie viele Jahre Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Wenn Sie sich in deren Lage versetzen, welches Problem schätzen Sie dann als besonders drängend ein?

Marlis Tepe // Fehlende Berufsperspektiven, daneben das Gefühl zu den materiell Abgehängten zu gehören. Hauptschülerinnen und Hauptschülern stehen immer weniger Berufe offen. In ihre Qualifizierung muss investiert werden.

Marlis Tepe (Jahrgang 1954) hat bis zu ihrer Wahl zur GEW-Vorsitzenden im Juni 2013 als Hauptschullehrerin in Schleswig-Holstein unterrichtet. Von 1995 bis 2013 war sie Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand des Landesverbands und von 2006 bis 2013 Vorsitzende des Hauptpersonalrates in Schleswig-Holstein.

Baden-Württemberg

DGB verteidigt Mitbestimmungsgesetz gegen Kritik

Die Vize-Vorsitzende des DGB Baden-Württemberg weist Kritik der kommunalen Landesverbände am Entwurf eines Landespersonalvertretungsgesetzes zurück. Die Verbände offenbarten mit ihrer Kritik an besseren Mitbestimmungs- und Freistellungsmöglichkeiten für Personalräte ein „merkwürdiges Demokratieverständnis“, sagte Gabriele Frenzer-Wolf und konterte „Mitbestimmung ist kein Sand im Getriebe einer Verwaltung“. Die Landesregierung sei gut beraten, die Einwände nicht zum Anlass für Verschlechterungen am Gesetzentwurf zu nehmen. Die kommunalen Arbeitgeber hatten in einem Brief an den Innenminister vor einer Kostenlawine, etwa durch mehr Freistellungsmöglichkeiten für Personalräte, gewarnt. Frenzer-Wolf betonte, wer Personalräte stärken wolle, müsse ihnen für ihre Arbeit genug Zeit einräumen. Der Gesetzentwurf könnte aus Sicht des DGB hingegen noch verbessert werden. Bei den vorgesehenen Freistellungen bewege sich Baden-Württemberg im oberen Mittelfeld im Vergleich der Bundesländer.

Bayern

DGB: Freistaat missbraucht Werkverträge

Einen skandalösen Umgang mit Werkverträgen wirft der DGB dem Freistaat Bayern vor und verweist auf ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts (BAG) vom September dieses Jahres (Az.: 10 AZR 282/12). Es zeige, „dass auch der Freistaat als Arbeitgeber Werkverträge missbraucht, um Löhne zu drücken und den Sozialversicherungen Beiträge vorzuenthalten“. Das Gericht gab einem Beschäftigten Recht, der seine Arbeitsbedingungen beanstandet hatte. Der Kläger war seit 2005 mit Unterbrechungen auf der Grundlage von zehn als Werkvertrag bezeichneten Verträgen für das Landesamt für Denkmalpflege tätig geworden. Das BAG kam zu dem Schluss, dass zwischen den Parteien kein Werkvertragsverhältnis bestünde, sondern „nach dem wahren

Geschäftsinhalt ein Arbeitsverhältnis“. Für den bayerischen DGB-Vorsitzenden Matthias Jena ist es ein Skandal, „dass auch der Freistaat Werkverträge missbraucht“. Der DGB kämpfe seit Jahren „gegen solche Lohndumping-Instrumente zu Lasten der Beschäftigten



in der Privatwirtschaft“. Die Vermutung liege nahe, dass es sich bei dem Kläger nicht um einen Einzelfall handele. Jena fordert Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) auf, „die Werkvertrag-Praxis zu überprüfen und solchem Lohndumping einen Riegel vorzuschieben“. In einem Report hatte der DGB öffentlich gemacht, dass in Bayern nicht nur in der Industrie Menschen mit Werkverträgen zu niedrigeren Löhnen und schlechteren Arbeitsbedingungen beschäftigt sind, sondern etwa auch in Altenheimen. Der Bericht „Werkverträge in Bayern – Das neue Lohndumping-Instrument“ stellt die Folgen dieser Praxis dar.

Berlin

Personalräte appellieren an Politik

Die Personalräte der Berliner Polizei haben sich mit einer Resolution für eine bessere Beamtenbesoldung an die Politik gewandt. Sie übergaben die Erklärung im Abgeordnetenhaus an Vertreter der Fraktionen von CDU, Grünen, Linken und Piraten. Der GdP-Landesvorsitzende Michael Purper zeigte sich entsetzt und enttäuscht darüber, dass weder der

Präsident des Abgeordnetenhauses Ralf Wieland (SPD) noch die Spitzen der Regierungsfractionen von SPD und CDU das Papier annehmen wollten. „Das ist wie ein Schlag ins Gesicht von mehr als 19.000 Beamtinnen und Beamten und weiteren 4.300 Tarifbeschäftigten.“ Es zeige, dass die Polizei in den Augen dieser Politiker keinen Stellenwert habe. Die gemeinsame Resolution der Personalräte war laut GdP bisher einmalig. In dem Papier prangern sie Missstände an und fordern eine Abkehr von der Politik zu Lasten der Beschäftigten. Die Gewerkschaften kämpfen dafür, dass die Besoldung in Berlin an das bundesweite Niveau angepasst wird.

Brandenburg

Versorgungslücke bei Pensionen wird geschlossen

Die GdP Brandenburg hat erreicht, dass die vorübergehende Erhöhung des Ruhegehaltsatzes über das 65. Lebensjahr hinaus ermöglicht wird. Eine vorübergehende Erhöhung des Versorgungssatzes kommt für Beamtinnen und Beamte bei Polizei, Justiz und Feuerwehr in Frage, die mit Erreichen der besonderen Altersgrenze in den Ruhestand gehen und auf Grund einer früheren sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung neben einem Versorgungsanspruch auch Anspruch auf eine gesetzliche Rente haben. Da diese erst ab Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze gezahlt wird, ergab sich durch deren Anhebung vom 65. auf das 67. Lebensjahr für Pensionäre der Jahrgänge 1947 und 1948 eine Lücke bei ihrer Pension. Diese soll nun mit in Kraft treten des brandenburgischen Beamtenversorgungsgesetzes am 1. Januar 2014 rückwirkend zum 1. Januar 2012 geschlossen werden.

Bremen

Widerspruch gegen Beamtenbesoldung

Der DGB fordert Beamtinnen und Beamte in Bremen auf, Widerspruch gegen die Besoldung einzulegen. DGB und Finanzministerium haben eine Vereinbarung zum Musterklageverfahren gegen das Gesetz zur Besoldungs-

Musterformulare für Widersprüche

bremen.dgb.de/themen



Foto: fotolia.de/joel_420

anpassung 2013/2014 getroffen. Das Ministerium sicherte den Gewerkschaften zu, dass die Widerspruchsführerinnen und -führer wie die Musterklägerinnen und -kläger behandelt werden. Ihre Verfahren werden bis zur Verkündung der gerichtlichen Entscheidungen ruhend gestellt. ver.di, GEW und GdP, die das Gesetz für verfassungswidrig halten, haben für die Musterverfahren bereits Personen aus den unterschiedlichen Besoldungsgruppen benannt. Bremen übernimmt das Tarifergebnis im öffentlichen Dienst für seine Beamtinnen und Beamte in den Besoldungsgruppen bis A 12 eingeschränkt und zeitverzögert, ab A 13 gehen sie leer aus. Musterformulare für Widersprüche sind auf der Internetseite des DGB-Bezirks bremen.dgb.de/themen zu finden.

Hamburg

Mehr Sachbearbeiter für Beihilfeanträge

Beihilfeanträge sollen in Hamburg zügiger bearbeitet werden. Dafür sollen mehr Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter im Zentrum für Personaldienste (ZPD) und ein computergestütztes Abrechnungs- und Antragsverfahren sorgen. Die Bürgerschaft hat diesen Neuerungen zugestimmt. GdP und GEW hatten Kritik an einem undurchsichtigen Abrechnungsverfahren und einer unerträglichen Arbeitsbe-

lastung geübt und Abhilfe gefordert. Die Bearbeitung von Anträgen für die Beihilfe zu Gesundheitsausgaben der Beamtinnen und Beamten dauere mehr als 30 Arbeitstage, monierten sie. Das Problem bestehe seit Jahren. Das Personal im ZPD wurde nach Angaben der GdP bereits verstärkt, weitere Stellen sollen im Haushalt 2015/2016 eingeplant werden.

Hessen

SPD verspricht kürzere Arbeitszeit

Eine sozial gerechtere Politik für Hessen ist der Anspruch des DGB an die neue Landesregierung. Zu den Forderungen gehören ein Tariftreue- und Vergabegesetz für öffentlichen Aufträge und die 40-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst. Die SPD kündigte bereits vor der Landtagswahl am 22. September an, die 42-Stunden-Woche für Beamtinnen und Beamte abzuschaffen und schrittweise zur Arbeitszeit von 40 Stunden zurückzukehren. In ihrem Papier „Vertrauen gegen Vertrauen“, hatte die SPD ihre Ziele für das hessische Dienstrecht formuliert. Bei einer Regierungsübernahme der SPD soll Hessen auch wieder Mitglied der Tarifgemeinschaft deutscher Länder werden. Der DGB begrüßt die Absichten. Darin spiegeln sich wichtige Positionen des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften für einen zukunftsfähigen öffentlichen Dienst wider. Große Hoffnungen setzt der DGB in die angekündigte Stärkung der Mitbestimmungsrechte.

Mecklenburg-Vorpommern

DGB legt Kompromissvorschlag für Besoldung vor

Am 25. September 2013 nahmen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften in einer Anhörung vor dem Finanzausschuss des Landtags zu dem umstrittenen Gesetzentwurf für die Besoldungsanpassung Stellung. Der DGB legte einen letzten Kompromissvorschlag vor, der vorsieht die Gehälter nicht zum 1. Januar 2014 um nur 2 Prozent, sondern zu einem späteren Zeitpunkt um 2,75 Prozent anzuheben. Eine Vorfestlegung für 2015, wie von der

Regierung geplant, wird abgelehnt und der Urlaubsanspruch soll für alle Beamtinnen und Beamte auf 30 Tage angepasst werden. Im Gegenzug werde für 2013 der Regierungsvorschlag akzeptiert: Rückwirkend zum 1. Juli würde es damit bei dem Sockelbetrag von 25 Euro und einer Erhöhung um 2 Prozent bleiben. Der Appell von Uwe Polkaehn, Vorsitzender des DGB Nord: „Der DGB ruft den Landtag auf, statt die Besoldung zu diktieren, den haushaltsneutralen Kompromissvorschlag aufzugreifen.“ Für die 14.000 Landes- und 2.100 Kommunalbeamten bleibt es spannend. Ein Parlamentsbeschluss ist frühestens für Anfang November zu erwarten.

Niedersachsen

DGB-Broschüre zur Finanzlage der Kommunen

Auf die angespannte Finanzsituation niedersächsischer Kommunen macht der DGB in einer neuen Broschüre aufmerksam. Er zeigt darin auf, dass die finanziellen Mittel von Städten, Gemeinden und Landkreisen nicht ausreichen, um ihre Aufgaben zu erfüllen. Die Folge: Die



Funktion der Kommunen als lokaler Arbeitgeber und Anbieter öffentlicher Dienstleistungen drohe zwischen Streichungen und Privatisierungen immer mehr zu schwinden. Auch die Ausgaben für öffentliche Investitionen und Personal gehen zurück. Der DGB plädiert in der

Publikation dafür, die Einnahmen öffentlicher Haushalte zu verbessern. Eine bürgernahe Verwaltung, Kindertagesstätten, Kulturangebote und eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur seien nicht zum Nulltarif zu haben. Die Broschüre mit dem Titel „Unterfinanziert und ausgelagt. Zur finanziellen Situation der Kommunen in Niedersachsen“ ist erhältlich beim DGB-Bezirk unter www.niedersachsen.dgb.de.

Nordrhein-Westfalen

Polizeipräsidenten auch aus eigenen Reihen

Im Rahmen eines Sachgespräch des Innenausschusses über einen Gesetzentwurf der FDP-Fraktion zur Änderung des Auswahlverfahrens für die Polizeipräsidenten forderte die GdP in Nordrhein-Westfalen, dass auch Polizistinnen und Polizisten des höheren Dienstes bei der Besetzung der Polizeipräsidentenposten berücksichtigt werden müssen. Die Funktion des Polizeipräsidenten werde bisher fast ausschließlich von externen Fachleuten besetzt, die keine Berufserfahrung bei der Polizei hätten, kritisiert die GdP. Die Forderung der FDP, die Polizeipräsidenten nicht mehr zu politischen Beamten zu ernennen, sei für die GdP zweitrangig.

„Die Begründung der FDP, dass die Polizeipräsidenten dadurch unter einem geringen politischen Druck stehen würden, geht an der Realität vorbei. Auch Polizisten, die nicht als politische Beamte berufen werden, sind nicht vor politischen Rücktrittsforderungen geschützt“, so der stellvertretende Landesvorsitzende der GdP, Karl-Heinz Kochs.

Rheinland-Pfalz

Weiterer Protest gegen „Besoldungsdiktat“

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften kämpfen weiter gegen das Besoldungsgesetz in Rheinland-Pfalz. Bei einer Kundgebung anlässlich der 1. Lesung des Doppelhaushalts 2014/2015 im Landtag protestierten Gewerkschafter in Mainz gegen „das Besoldungsdiktat“ und die Anhebung der Regelaltersgrenze von 65 auf 67 Jahre. Der GEW-Landesvorsit-



Beamtinnen und Beamte fordern am 1. Oktober vor dem Landtag in Mainz die Aufhebung der 1 Prozent-Deckelung. Foto: DGB Rheinland-Pfalz

zende Klaus-Peter Hammer kritisierte, dass die Landesregierung an der auf ein Prozent begrenzten Besoldungserhöhung für die kommenden Jahre festhält. Sie habe „eine große Chance vertan, die unsägliche Deckelung der Beamtenbesoldung ad acta zu legen“. Namhafte Rechtswissenschaftler haben verfassungsrechtliche Bedenken gegen dieses Vorgehen angemeldet, Beamte reichten Klagen ein. Der GdP-Landesvorsitzende Ernst Scharbach sagte: „Unabhängig von der juristischen Auseinandersetzung müssen wir feststellen, dass die Beamtinnen und Beamten systematisch von der allgemeinen wirtschaftlichen und tariflichen Entwicklung abgekoppelt werden und sie Reallohnverluste hinnehmen müssen. Damit muss endlich Schluss sein.“

Saarland

GEW befürchtet Nachteile für kleinere Schulen

Bei der Bewertung von Leitungsfunktionen sollen kleinere Gemeinschaftsschulen im Saarland nicht benachteiligt werden. Das fordert die GEW in einer Stellungnahme zum Gesetzentwurf, der die Ämterstruktur für Leitungs- und Koordinierungsaufgaben in dieser neuen Schulform festlegt. Demnach werden die Ämter nach der Größe der Schule gestaffelt. Aus Sicht der GEW ist diese Festsetzung nicht geeignet, um den Aufgaben von Schulleiterinnen

und Schulleitern an Schulen, die diese Messzahlen nicht erreichen, gerecht zu werden. „Wenn man an mittelgroßen Gemeinschaftsschulen mit voll ausgebauter Oberstufe die gleiche pädagogische Qualität anbieten will wie an großen, muss man auch die entsprechende Ämterstruktur anbieten“, erklärt die GEW. Seit dem Schuljahr 2012/2013 ersetzt die Gemeinschaftsschule im Saarland die Gesamtschulen und Erweiterte Realschulen.

Sachsen

GdP macht auf Personaldefizit aufmerksam

Im Rahmen einer Landespressekonferenz, zu der die GdP geladen hatte, berichtete deren Landesvorsitzender Hagen Husgen von Personalabbau, hohem Krankenstand und einer bis an die Grenzen gehenden Belastung bei der sächsischen Polizei. Dennoch verstärkte sich das Gefühl, so Husgen, dass positive Meldungen des Innenressorts den Eindruck erwecken sollen, es werde alles getan, um die Polizeiarbeit voranzutreiben, den Beruf attraktiver zu machen und den Freistaat als eines der sichersten Bundesländer zu erhalten. „Es reicht nicht, zur Bekämpfung der Kriminalität verschiedene Fahndungsgruppen wie „Neiße“, „Elbe“ oder „Autobahn“ aus dem Boden zu stampfen und Fahrräder durch Leipzig radeln zu lassen, wenn im Vorfeld schon feststeht,

dass das notwendige Personal aus den Beständen rekrutiert wird.“ Wirtschaftsvertreter aus Görlitz und der Oberlausitz, die auf Einladung der GdP an der Pressekonferenz teilnahmen, bestärkten diese Auffassung. So schätzen beispielsweise 60 Prozent der Unternehmen des Landkreises Görlitz die Sicherheitslage schlecht ein und 61 Prozent vermissen die polizeiliche Präsenz. Die GdP macht nun auf Großplakaten in mehreren Städten auf die Defizite in der sächsischen Polizei aufmerksam.

Sachsen-Anhalt

Lehrer arbeiten überdurchschnittlich lang

Lehrerinnen und Lehrer in Sachsen-Anhalt arbeiten länger als andere Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Das stellt der GEW-Landesvorsitzende Thomas Lipp-

mann anhand einer Befragung der GEW zur Lehrerarbeitszeit fest. Die Analyse zeige, dass die Diskussion um eine höhere Unterrichtsverpflichtung, die der Finanzminister immer wieder anstoße, aufgegeben werden müsse. Die GEW ermittelte eine durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 45 Stunden. Lehrer arbeiten der Erhebung zufolge durchschnittlich ein bis zwei Stunden länger als ihre Kolleginnen und Kollegen im Landesdienst. Die Arbeitszeit jeder fünften Lehrkraft liege über der Höchstgrenze von 50 Wochenstunden. Laut GEW würde jede weitere Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung



um eine Stunde wegen der Vor- und Nachbereitung etwa ein- einhalb Stunden mehr pro Woche bedeuten. Lehrerinnen und Lehrer seien

im öffentlichen Dienst auch die Beschäftigten- gruppe mit dem höchsten Durchschnittsalter. Lippmann fordert die Landesregierung zu Tarifverhandlungen über „altersgerechte Arbeitsbedingungen“ auf. Um Einblicke in den Lehrertag zu ermöglichen, hat die GEW politisch Verantwortliche zu einem „Tag des offenen Lehrerzimmers“ eingeladen.

Schleswig-Holstein

GEW: „Schmalspur-Gerechtigkeit“ bei Lehrerbezahlung

Schleswig-Holsteins Bildungsministerin Prof. Dr. Waltraud Wende (parteilos) will befristet beschäftigte Realschullehrkräfte künftig gleich bezahlen. Die Vertretungslehrerinnen und -lehrer an Regional- und Gemeinschaftsschulen sind in unterschiedliche Gehaltsgruppen eingestuft, je nachdem, ob sie auf einer Stelle für Grund- und Hauptschullehrer oder für Re-

¹⁾ Ist begrenzt auf den Förderhöchstbetrag nach §10a EStG (pro Jahr 2.100,- Euro)
²⁾ Quelle: Studie „Rendite und Renten-Höhe“ von „Riester-Produkten“, Institut für Vorsorge und Finanzplanung GmbH, Stand: August 2012

DGB Das RentenPlus:
**Spezialtarif mit
 40% Rabatt**



DGB Das RentenPlus: Riester-Rente zum Spezialtarif

► 40 % Rabatt auf den Ausgabeaufschlag über die gesamte Laufzeit und alle Vorteile der UniProfiRente:

- Attraktive Ertragschancen bei 100 % Garantie
 Ihre Einzahlung und staatliche Zulagen sind zu Beginn der Auszahlphase garantiert. Während der Ansparphase unterliegt die Anlage marktbedingtem Kursschwankungen.
- Staatliche Förderung¹⁾
- 200,- Euro einmaliger Bonus für Berufseinsteiger bis 25 Jahre



August 2012²⁾



Ausführliche produktspezifische Informationen entnehmen Sie bitte den Sonderbedingungen zum Altersvorsorgevertrag. Hinweise zu Chancen und Risiken der zugrunde liegenden Fonds entnehmen Sie bitte den aktuellen Verkaufsprospekten, den Vertragsbedingungen, den wesentlichen Anlegerinformationen sowie den Jahres- und Halbjahresberichten, die Sie kostenlos in deutscher Sprache bei Ihrer BBBank eG, Herrenstraße 2-10, 76133 Karlsruhe (Telefon 07 21/141-0 oder www.bbbank.de) oder über den Kundenservice der Union Investment Service Bank AG, Wiesenhüttenstraße 10, 60329 Frankfurt am Main (Telefon 069/5 89 98-60 60 oder www.union-investment.de) erhalten. Diese Dokumente bilden die allein verbindliche Grundlage für den Kauf der Fonds. Stand: 03.07.2013

Jetzt informieren:

www.beuegekonto.de oder Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei)

Die Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst

alschullehrer arbeiten. Sie sollen nun alle der Entgeltgruppe 13 TV-L zugeordnet werden. Die GEW begrüßt diese Änderung. „Für die betroffenen Lehrerinnen und Lehrer bedeutet



das immerhin mehr Geld im Portemonnaie.“ Von Gerechtigkeit will die stellvertretende Landesvorsitzende Astrid Henke jedoch nicht sprechen. Denn Lehrkräfte in der Laufbahn der Grund- und Hauptschullehrer werden immer noch schlechter bezahlt als ihre Kolleginnen und Kollegen an den Realschulen. Für die gleiche Arbeit verdienen sie laut Henke monatlich rund 300 Euro weniger. „Wer für diese Lehrerinnen und Lehrer keine Lösung anbietet, sollte in der Öffentlichkeit lieber nicht, wie die Ministerin von Gerechtigkeit sprechen, sondern nur darauf hinweisen, ein kleines Problem zugunsten einer sehr überschaubaren Gruppe von Lehrkräften gelöst zu haben“, so Henke.

Thüringen

Probleme bei Beförderungen

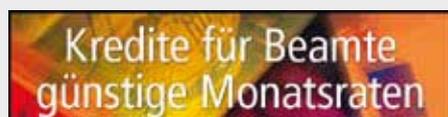
Die thüringische Landesregierung hatte für 2013 beschlossen, 10 Prozent der Polizeibe-

amtinnen und Polizeibeamten zu befördern. Nach Informationen der GdP scheint dies zum jetzigen Zeitpunkt jedoch fraglich. Ende September haben nach Angaben des thüringischen Innenministeriums lediglich 229 Polizeibeamtinnen und -beamte einen höheren Dienstgrad oder eine Zulage erhalten und nicht wie eigentlich vorgesehen 500. Die Ursachen dafür seien laut GdP zum Teil bekannt. So sind mehrere Konkurrentenklagen anhängig, von deren Ausgang die ausstehenden Beförderungsverfahren abhängen. Die GdP forderte Innenminister Jörg Geibert auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Beförderungsmöglichkeiten, die jetzt nicht genutzt werden können, in das nächste Haushaltsjahr übertragen werden. Zudem sei ein Stellenbesetzungs- und Beurteilungsverfahren zu erarbeiten und anzuwenden, welches bei ordnungsgemäßer Umsetzung rechtlich nicht mehr angreifbar ist.

Internetanzeigen im Bannerformat Online. der schnelle Weg zum Ziel

Sie wollen sich hier präsentieren?

Ihre Banner-Anzeige präsentieren wir im Beamten-Magazin und im Internet unter www.beamten-magazin.de. Für den Komplettpreis von 60 Euro (zzgl. MwSt.) erreichen Sie 34.000 Leser und monatlich 50.000 Besucher. Anzeigenbuchung unter www.beamten-magazin.de/anzeigenmarketing.



Darlehen gibt es auch für Tarifkräfte
www.beamtenkredite-online.de



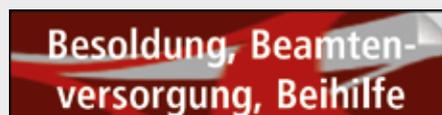
Mit einer Stellenbörse für Ausbildungsplätze
www.ausbildung-im-oeffentlichen-dienst.de



Aus der Praxis für die Praxis
www.die-oeffentliche-verwaltung.de/seminare



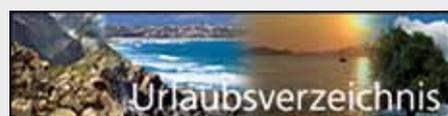
Nur 10 Euro im Jahr: OnlineBücher des DBW
www.dbw-online.de/onlineservice



Der PDF-SERVICE für 15 Euro im Jahr
www.beamten-informationen.de/pdf_service



Die Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst
www.der-oeffentliche-sektor.de/bezuegekonto



Urlaubsverzeichnis
www.urlaubsverzeichnis-online.de



DBW Unser Angebot – Ihr Vorteil
www.dbw-online.de

GdP-Aktion



**KLAUT NICHT
UNSERE ZEIT!**

Lehrgang, Urlaub oder Krankheit dürfen nicht zu Kürzungen des Zusatzurlaubsanspruchs oder zur Nichtanrechnung von Ruhepausen bei Dienst zu wechselnden Zeiten führen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihr könnt Euch unserer Petition an den Bundesinnenminister gegen den „Zeitklau“ anschließen. Schickt uns dazu unsere „Kampagnen-Postkarte“ mit Eurer Unterschrift und/oder macht im Internet mit!

<http://chn.ge/1b15VEO>

www.gdp-bundespolizei.de

Betreutes Wohnen nach Ihren Wünschen

Unsere Seniorenresidenzen setzen bundesweit anspruchsvolle Standards für das altersgerechte Wohnen.



www.augustinum.de

Haut- und Atemwegserkrankungen

Sonne – Wind – Meer und das Fachklinikum Borkum sind Garant für Ihre Gesundheit.



www.fachklinikum-borkum.de

Chronische Haut- und Atemwegserkrankungen

Ganzheitliches Therapiekonzept bei Atemwegserkrankungen und Allergien unter Einbeziehung des Ostseereizklimas.



www.ostseeklinik-kuehlnburg.de

Privatklinik Eberl in Bad Tölz

In traumhafter Alpenkulisse eine Auszeit von der Hektik des Alltags nehmen und Körper und Geist wieder aufleben lassen.



www.privatklinik-eberl.de

Im Urlaub zum Wunschgewicht

Mit unserem Ernährungs- und Bewegungsprogramm schaffen Sie das. Intensiver Einstieg in eine schlanke Zukunft.



www.abnehmen-undmeer.de

Nutzen Sie Ihren Status im öffentlichen Dienst für Ihre finanzielle Freiheit

Beamten Darlehen mit Top-Konditionen für Beamte, Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst und Akademiker

- ✓ Darlehen bis 60.000 EUR
- ✓ lange Laufzeiten von 12, 15 oder 20 Jahren – dadurch niedrige monatliche Belastung
- ✓ Zinsgarantie über die gesamte Laufzeit
- ✓ sofortige Darlehenstilgung im Todesfall durch Comfort-Rentenversicherung (in der monatlichen Rate inbegriffen)
- ✓ freier Verwendungszweck: auch zur Umschuldung laufender Ratenkredite
- ✓ unkomplizierte Abwicklung und schnelle Auszahlung

Jetzt Angebot anfordern:

NÜRNBERGER Beamten Lebensversicherung AG
 Ostendstr. 100, 90334 Nürnberg
 Telefon: 0911 531-4871, Telefax: 0911 531-3457
 MBoeD@nuernberger.de

INFO-SERVICE
 Öffentlicher Dienst/Beamte

INFO-SERVICE
 1. Industriest. 1–3
 68804 Altlußheim



Grundsatz der Bestenauslese

Egal ob bei Einstellung, Beförderung, Aufstieg oder Versetzung von Beamtinnen und Beamten, der in Artikel 33 Absatz 2 Grundgesetz verankerte Grundsatz der Bestenauslese ist bei jeder Personalauswahl zu beachten. Welche Anforderungen sich konkret dahinter verbergen, stellt Ihnen das Magazin für Beamtinnen und Beamte in dieser Ausgabe näher vor.

Eignung, Befähigung und fachliche Leistung

Mit den Kriterien der Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung soll garantiert werden, dass nur die geeignetsten Personen für ein öffentliches Amt ausgewählt werden. Es gilt das so genannte Leistungsprinzip.

Mit Eignung sind die geistigen, charakterlichen, physischen und psychischen Eigenschaften gemeint, die nicht bereits der Befähigung und fachlichen Leistung zuzuordnen sind. Bei der genauen Auslegung der Eignung kommt es stets auf das konkrete zu besetzende Amt an. Die Eignung umschreibt die Persönlichkeitsmerkmale, die zur Erfüllung der Dienstpflichten gehören, wozu auch die Verfassungstreue zählt.

Befähigung bezeichnet die beruflich-fachliche Seite der Eignung im weiteren Sinne. Sie umfasst nicht nur die Laufbahnbefähigung, sondern auch die individuelle Befähigung des Bewerbers, also allgemeine für die Tätigkeit dienliche Fähigkeiten wie Begabung, Allgemeinwissen, Lebenserfahrung und allgemeine Ausbildung.

Die fachliche Leistung spielt vor allem bei der Beförderung eine Rolle. Hierunter werden die anwendungsbezogene, in der Praxis nachgewiesene Arbeitsleistung sowie die zu erwartende Befähigung verstanden. Nach § 2 der Bundeslaufbahnverordnung sind beispielsweise auf Bundesebene die Arbeitsergebnisse, die praktische Arbeitsweise, das Arbeitsverhalten und, je nach Position, auch das Führungsverhalten zu bewerten.

Unzulässige Kriterien

Bei der Auswahl dürfen grundsätzlich weder Geschlecht, Abstammung, ethnische Herkunft, Behinderung, Religion, politische Anschauungen, Herkunft noch Beziehungen oder sexuelle Identität als Kriterien für die Entscheidung herangezogen werden.

Bewerbersauswahl

Der Leistungsvergleich der Bewerber muss auf Grund aussagekräftiger, das heißt aktueller, hinreichend differenzierter und auf gleichen Bewertungsmaßstäben beruhender dienstlicher Beurteilung erfolgen. Ausschlaggebend ist zunächst die abschließende Gesamtwertung der aktuellen dienstlichen Beurteilung. Wenn danach mehrere Bewerber gleichauf sind, kann der Dienstherr einzelne Gesichtspunkte begründet gewichten. Besteht auch nach Ausschöpfung der aktuellen dienstlichen Beurteilung ein Gleichstand zwischen den Bewerbern, so können frühere Beurteilungen und somit die Leistungsentwicklung herangezogen werden. Erst

wenn nach Ausschöpfung dieser Leistungskriterien die Bewerber immer noch gleichauf liegen, können schlussendlich Hilfskriterien (wie Geschlecht oder Behinderung) zur Anwendung kommen. Sie sind aber keinesfalls darauf gerichtet, den Leistungsgrundsatz einzuschränken.

Generell hat eine Bewerberin oder ein Bewerber keinen Rechtsanspruch auf ein Amt. Allerdings kann die unterlegene Person gegebenenfalls Rechtsschutz in Anspruch nehmen. Zu den konkreten Anfechtungsmöglichkeiten der Auswahlentscheidung informieren wir Sie in unserer nächsten Ausgabe.



Personalie

Reiner Hoffmann neu im Geschäftsführenden DGB-Bundsvorstand

Der Landesbezirksleiter der IG BCE Nordrhein, Reiner Hoffmann, ist in den Geschäftsführenden Bundsvorstand des DGB gewählt worden. Im DGB-Bundesausschuss stimmten am



Foto: IG BCE

1. Oktober 73 Delegierte (91,3 Prozent) für ihn. Hoffmann tritt sein Amt am 1. Februar 2014 an. Er ist künftig verantwortlich für die Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik, den Haushalt und innere Finanzangelegenheiten. Außerdem gehört die Abteilung Veranstaltungen und Innenservice zu seinem Vorstandsbereich. Hoffmann übernimmt die Arbeitsbereiche von Claus Matecki, der mit 65 Jahren aus dem Amt ausscheidet.

Hoffmann war unter anderem 16 Jahre beim Europäischen Gewerkschaftsbund in Brüssel tätig, zuletzt als stellvertretender Generalsekretär. Der neu gewählte Vorstand sagte, er freue sich sehr über die Zustimmung bei seiner Wahl. „Gerade in der Wirtschafts-, Struktur- und Finanzpolitik der Europäischen Union brauchen wir einen Kurswechsel, um dem sozialen Europa ein starkes Gewicht zu geben“, erklärte Hoffmann. „Dazu können meine europäischen Erfahrungen einen Beitrag leisten, die ich gerne in die Arbeit des DGB einbringe.“

Literatur-Tipp

Kräfte sammeln – Standardlösung Fehlanzeige

Im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung haben Mathias Heiden und Kerstin Jürgens von der Universität Kassel Expertinnen und Experten sowie Beschäftigte befragt, wie man trotz stressigen Arbeitsalltags seine Lebens- und Arbeitskraft erhalten kann. Die Ergebnisse dieser Untersuchung wurden nun in der Studie „Kräftemessen. Betriebe und Beschäftigte im Reproduktionskonflikt“ veröffentlicht. Sie führen zu dem Schluss, dass betriebliche Gesundheitsförderung zwar viele wichtige Impulse bietet, aber oftmals Arbeitsaufgaben und -abläufe als Ursache von Überlastung vernachlässigt werden.

Kräftemessen. Betriebe und Beschäftigte im Reproduktionskonflikt. Reihe: Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung, Bd. 156, Berlin: edition sigma 2013, ISBN: 978-3-8360-8756-8, 295 Seiten, 21,90 Euro.

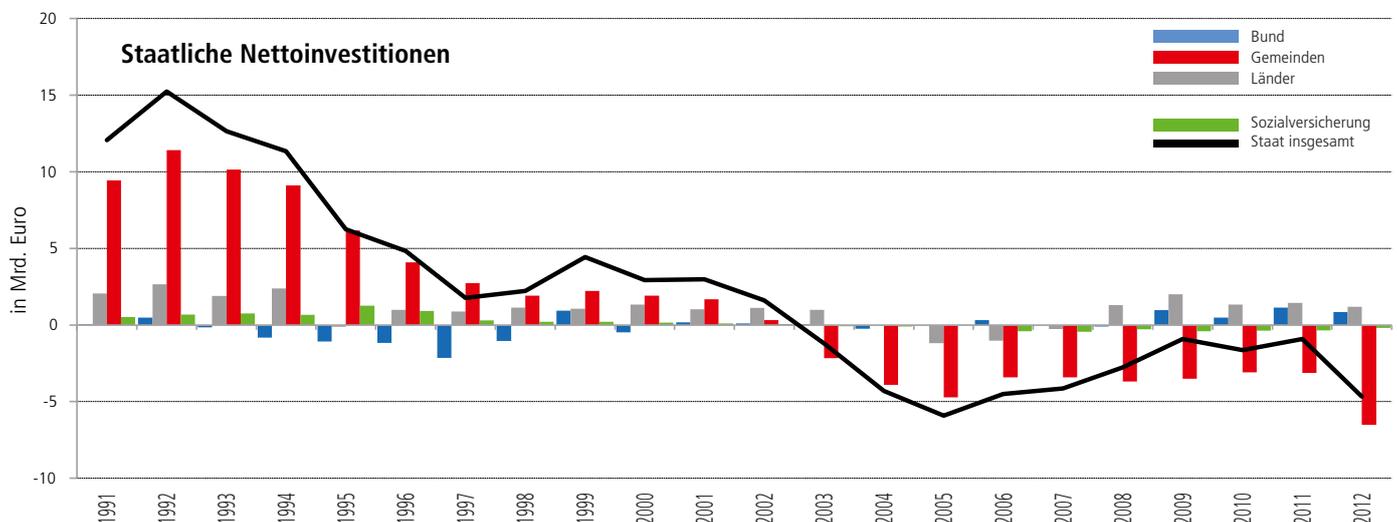
Zahlen, Daten, Fakten

Investitionsstau in Deutschland

Nebenstehende Grafik verdeutlicht den Rückgang der öffentlichen Investitionstätigkeit in den vergangenen 20 Jahren. Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) beziffert den aufgelaufenen Investitionsstau für alle staatlichen Ebenen zusammen auf 300 Mrd. Euro. Eine Folge da-

von ist unter anderem eine marode öffentliche Infrastruktur. Das IMK fordert die Auflösung dieses Investitionsstaus und schlägt für die Finanzierung folgende Quellen vor: Ausschöpfung der Verschuldungsmöglichkeiten im Rahmen der Schuldenbremse, Erhöhung von Steuern auf hohe Einkommen und Ver-

mögen (z. B. Anhebung des Spitzensteuersatzes, Erhöhung der Erbschaftsteuer und Einführung der Vermögensteuer) sowie Umschichtungen im Haushalt (z. B. Abschaffung des Betreuungsgeldes, Abschaffung der Vergünstigungen für Hotels bei der Mehrwertsteuer).



Quelle: IMK Report 86, Oktober 2013

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit unserer Dienstunfähigkeitsversicherung.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBW**

Unsere Dienst- und Berufsunfähigkeitsversicherung bietet Schutz von Anfang an – komme, was wolle.

- ✓ Bedarfsgerechter Dienstunfähigkeitsschutz speziell für Beamte
- ✓ Höhe der Dienstunfähigkeitsversicherung an Bedarf anpassbar
- ✓ Auch die Teil-Dienstunfähigkeit ist absicherbar
- ✓ Ihr persönlicher Vorsorge-Check online

Als Spezialversicherer exklusiv für den Öffentlichen Dienst geben wir alles für Sie. Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen: www.DBW.de oder Telefon 0800 166 55 94.



Jetzt Vorsorge-Check machen

Ein Unternehmen der AXA Gruppe



Selbsthilfeeinrichtungen für den öffentlichen Dienst

Unser Angebot – Ihr Vorteil

RatgeberService und AboService

JA, hiermit bestelle ich folgende Ratgeber:

- ... Ex. **Rund ums Geld im öffentlichen Dienst***
- ... Ex. **Beamtenversorgung in Bund und Ländern***
- ... Ex. **Beihilfe in Bund und Ländern***
- ... Ex. **BerufsStart im öffentlichen Dienst***

Jeder Ratgeber kostet 7,50 Euro (zzgl. 2,50 Euro Versand). * Im AboService nur 5,00 Euro.



OnlineService des DBW für nur 10 Euro

Neben dem RatgeberService und AboService informiert der DBW die Beschäftigten und ehemaligen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes auch im Internet über aktuelle und wichtige Themen. Mit dem OnlineService können Sie sich auf mehr als 20 Websites informieren. Das breite Themenangebot ist aktuell und übersichtlich gestaltet.

Wenn Sie sich für den OnlineService anmelden, erhalten Sie eine Zugangskennung mit der Sie auf allen Websites des DBW recherchieren können. Dort finden Sie auch Muster-Formulare und Checklisten als PDFs. Daneben können Sie auch vier Ratgeber als OnlineBücher lesen und ausdrucken, beispielsweise „Nebentätigkeitsrecht des öffentlichen Dienstes“, „Frauen im öffentlichen Dienst“, „Gesundheit von A bis Z“ und „Neues Tarifrecht für den öffentlichen Dienst“.

Bestellung

per E-Mail: info@dbw-online.de
 per Telefon: 0211 7300335
 per Telefax: 0211 7300275
 Deutscher Beamtenwirtschaftsring e.V.
 Ratiborweg 1 · 40231 Düsseldorf

Noch schneller geht es online unter: www.dbw-online.de

Ich zahle / Wir zahlen per **Ermächtigung zur Lastschrift:**

Name, Vorname

Firma

Straße

PLZ, Ort

E-Mail

Konto-Nummer

BLZ

Bank

Unterschrift



Private Krankenversicherung

Leistungsstarke Gesundheitsvorsorge
für Beamte

Günstige Beiträge – auch
für Beamtenanwärter –

Die HUK-COBURG ist ein starker Partner, auch wenn es um Ihre Gesundheit geht:

- Stabile und günstige Beiträge für Beamte und Beamtenanwärter
- Geld zurück: 4 Monatsbeiträge Rückerstattung – bereits ab dem 1. leistungsfreien Kalenderjahr
- kompetent für den öffentlichen Dienst – die HUK-COBURG ist der größte deutsche Beamtenversicherer

Wir beraten Sie gern:

Adressen und Telefonnummern Ihrer Ansprechpartner finden Sie im örtlichen Telefonbuch oder unter www.HUK.de.

Oder rufen Sie direkt an: Telefon 09561 96-98221

DEUTSCHER
PERSONALRÄTE
PREIS • 2013



Der
Personalrat  HUK-COBURG



HUK-COBURG

Aus Tradition günstig